

Bürger FAQ zu „Sparwille statt Steuerschraube“

Antrag der FDP Fraktion, Januar 2026

Sparwille statt Steuerschraube: FAQ Papier der FDP Bornheim

Während Bürgerinnen, Bürger und Betriebe jeden Euro umdrehen müssen, greift die Stadt immer tiefer in die Taschen. Die FDP Bornheim sagt: Genug! Mit einem freiwilligen Haushaltssicherungskonzept fordern wir endlich konsequentes Sparen, volle Transparenz und klare Prioritäten – bevor die Steuerschraube weiter angezogen wird.

Warum braucht Bornheim jetzt ein freiwilliges Haushaltssicherungskonzept?

Weil Bornheim finanziell an einem Wendepunkt steht.

Steuererhöhungen wurden beschlossen, ohne vorher konsequent zu sparen. Das ist der falsche Weg. Ein freiwilliges HSK bedeutet: erst aufräumen, priorisieren und Verantwortung übernehmen – bevor man den Bürgern noch tiefer in die Tasche greift.

Ist das nicht ein radikales Sparprogramm?

Nein. Radikal ist es, immer mehr Geld auszugeben und jedes Jahr neue Belastungen zu schaffen. Unser Ansatz ist geordnet, planvoll und ehrlich. Es geht nicht um Kahlschlag, sondern um klare Prioritäten statt politischer Bequemlichkeit.

Werden dadurch Schulen, Kitas oder soziale Angebote gefährdet?

Im Gegenteil.

Wer heute nicht spart, gefährdet genau diese Angebote morgen. Pflichtaufgaben bleiben Pflichtaufgaben – aber auch hier muss ehrlich geprüft werden, welche Standards zwingend notwendig sind und wo Spielräume bestehen. Wegschauen ist keine Sozialpolitik.

Warum lehnt ihr weitere Steuererhöhungen so klar ab?

Weil sie Familien, Mieter, Eigentümer und Betriebe treffen – mitten in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Steuererhöhungen ohne vorheriges Sparen sind ungerecht und wachstumsfeindlich. Der Staat darf nicht bequemer leben als seine Bürger.

Warum soll ausgerechnet die Stadtverwaltung sparen?

Weil dort mit dem Geld der Bürger gearbeitet wird.

Jeder Haushalt, jeder Betrieb muss in Krisenzeiten Ausgaben überprüfen. Das Rathaus darf davon nicht ausgenommen sein. Sparen heißt hier: effizienter arbeiten, Doppelstrukturen abbauen, Prioritäten setzen.

Heißt das Stellenabbau und schlechtere Verwaltung?

Nein. Es geht nicht um Kündigungen, sondern um maßvolle Steuerung.

Weniger automatische Nachbesetzungen, mehr Effizienz, bessere Organisation. Eine dauerhaft aufgeblähte Verwaltung ist kein Zeichen von Stärke – sondern von fehlender Steuerung.

Warum zwingt ihr jedes Amt zu konkreten Einsparvorschlägen?

Weil Sparen nur funktioniert, wenn es alle ernsthaft betrifft.

Eine pauschale Vorgabe schafft Ehrlichkeit und verhindert, dass immer nur bei „den anderen“ gespart wird. So entstehen echte Prioritäten – keine Alibi-Debatten.

Ist das nicht ein Misstrauensvotum gegen die Verwaltung?

Nein. Es ist ein Auftrag zu Verantwortung und Transparenz.

Politik muss führen – nicht alles laufen lassen. Vertrauen entsteht durch Klarheit, nicht durch Wegsehen.

Warum freiwillig sparen – warum nicht warten, bis es zwingend wird?

Weil dann die Gestaltungsspielräume weg sind.

Freiwilliges Handeln heißt: selbst entscheiden, statt fremdbestimmt zu werden. Wer zu spät spart, verliert die Kontrolle über seine Stadt.

Was bedeutet das konkret für die Bürgerinnen und Bürger?

Mehr Ehrlichkeit.

Mehr Verantwortungsbewusstsein.

Und vor allem: weniger Druck auf Steuern und Abgaben. Das ist gelebte Fairness gegenüber denen, die diese Stadt finanzieren.

Was ist die Kernbotschaft dieses Antrags?

Sparen ist kein Makel – sondern eine Pflicht.

Bevor Bürger weiter belastet werden, muss die Stadt bei sich selbst anfangen.

Sparwille statt Steuerschraube. Für ein Bornheim mit Zukunft.